

BEHÖRDEN

GESUNDHEITSPFLEGE

Laufend Männer

In Gießen an der Lahn gibt es 350 registrierte Dirnen und rund 2500 immatrikulierte Studentinnen. Das Gesundheitsamt der Stadt kümmert sich um die einen wie um die anderen: Wer sich libidinös verdächtig macht, wird untersucht, belehrt und verwahrt.

Denn die Verwaltung, sagt Gießens SPD-Oberbürgermeister Bernd Schneider, 43, „unterscheidet nicht zwischen HWG“ — häufig wechselndem Geschlechtsverkehr — „aus Erwerbsgründen und Mädchen, die es aus Liebe oder Leidenschaft tun“.

Unterschiede macht auch nicht die Statistik, die Folgen von Geschäft wie Leidenschaft festhält: 1965 wurden 686 Fälle von Gonorrhö und Lues aktenkundig, 1967 waren es schon 985.

Viele der Erkrankten — 1967: 150 von 349 als verdächtig aufgegriffene Personen — werden in Gießen direkt von der Straße geholt. Dafür sorgt Stadtgesundheitspfleger Hans Bernhard, 34 Jahre alt, verheiratet, Besoldungsgruppe BAT VII. Er durchstreift in nächtlichen Dienstreisen die erogenen Zonen der Universitätsstadt.

Und seinen wie seiner Helfer Augen entgeht so leicht nichts, auch nicht ein Neger in der Nacht.

▷ In der Nähe der Studentenkneipe „Scarabee“ holte sich Bernhard eine 22jährige Medizinstudentin von der Seite eines Farbigen zu nächtlicher Untersuchung ins Amt. Die Studentin erinnert sich an Äußerungen, die Bernhard heute bestreitet: „Ein Drittel der Studentinnen geht auf den Strich.“ Und: „Besonders die Medizinerinnen.“

▷ In der Nähe eines Bierlokals griff Bernhards Gesundheitsstreife eine 23jährige Stewardess, die sich — kaum drei Stunden in Gießen — mit drei afrikanischen Freunden „unterhielt bzw. mit diesen herumalberte“ (Gesundheitsamt).

▷ Eine 26jährige Krankenschwester wurde von Bernhard nach einem Hinweis der Kripo „als dringend krankheitsverdächtig“ zur Untersuchung geladen und erhielt — so behauptet die Schwester — den Rat, sich „besser einen deutschen Freund zu suchen“.

Bernhards rigorose Interpretation des „Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ findet in der Praxis anderer Städte kaum Parallelen. In Frankfurt muß vor dem Einschreiten einer sechs Mann starken Spezialeinheit „HWG eindeutig nachgewiesen werden“. Und in Hamburg gelten als HWG-verdächtig „nur Prostituierte, sonst niemand“ — so ein Amtsarzt.

Die Gießener Art, erst einmal rasch zuzupacken, des Gesundheitspflegers merkwürdige Neigung, schwarz-weiße Geschlechtskombinationen bevorzugt zu kontrollieren — das und zudem ein

alles einhüllendes Konglomerat aus Trieb und Tratsch ordnete sich für Gießener Studenten zu einem überspannten Parallelogramm von Rassen- und Klassendiskriminierung.

Die unbeholfenen Rechtfertigungsversuche Bernhards („Persönlich ein gutes Verhältnis zu den Farbigen“) sowie der Stadtverwaltung („Irgendeine Rassenfrage daraus zu machen, ist völlig abwegig“) ließ bei den Studenten die Ereignisse in den „Hintergrund einer bruchlos aus dem Dritten Reich übernommenen Rassenideologie“ verschwimmen.

Und in virtuoser Rebellier-Manier machten sich die Hochschüler auf zum Protest. Am Montag vorletzter Woche besetzten etwa fünfzig von ihnen („Dürfen wir mal fragen, wo hier der ominöse Chef ist, der hier nur zuständig ist“) das Zimmer 14 im ersten Stock des Stadt-Gesundheitsamts und begeherten in Solidarität mit den nächtlich Aufgegriffenen eine freiwillige Untersuchung.

Um das fixe Bild von moralischen Kleinstadt-Atavismen zu vervollständigen, richtete der Allgemeine Studentenausschuß (Asta) einen telephonischen Protokolldienst für gesundheitsamtliche Streifen-Opfer ein, „wobei wir strikte Diskretion und Anonymität zusichern“.

Und Oberbürgermeister Schneider, der gegenüber Asta-Vertretern herabspielend bekundet hatte, die Studentenschaft lade „das alles auf den falschen Karren“, wurde zu einem Teach-in auf das Universitätsgelände geladen.

Doch so luftig-belanglos konnten die studentischen Impressionen von örtlichen Moralvorstellungen gar nicht sein, daß sie von den bruchstückweise auftauchenden Details aus der Gesundheitspraxis Bernhards nicht doch noch bestätigt werden könnten.

Im Falle der blonden Medizinerin etwa, die bereits einmal „1966 beim



Gießener Studenten* „Manchmal durchs Fenster“



Gießener Amtsdirektor Eichelsbacher (r.) „Nicht mehr allein“

Gesundheitsamt in Erscheinung“ getreten war (Bernhard), verließ sich der amtliche Pfleger laut Akten des Gesundheitsamts eher auf Nachbarklatsch als auf die im Gesetz umschriebene Kontroll-Praxis.

Bernhard stützte sich etwa auf die Beschwerde des Hausherrn der Studentin, der 1966 dem Gesundheitsamt telephonisch mitteilte, seine Mieterin empfangen „laufend Männer auf ihrem Zimmer“, die manchmal sogar „durchs Fenster“ kämen. Dazu Bernhard: „Da damit der Verdacht auf HWG erhärtet wurde, sah ich mich veranlaßt, Nachforschungen anzustellen.“

Die Studentin erinnert sich noch an die Recherche: Bernhard „druckste so herum, legte einen Geldschein auf den Tisch und wollte mich ganz offensichtlich animieren, mit ihm ins Bett zu gehen“. Pfleger Bernhard bestreitet die Geldofferte. Fest steht, daß die Studentin nach der Konsultation nicht mehr in der Überwachungskartei des Gesundheitsamts geführt wurde.

Erst nachdem Bernhard im September die Studentin (in Begleitung eines Farbigen) auf der Straße wiedergesehen hatte — und sie prompt wieder zur Untersuchung ins Amt holte —, nahm er auch die Hausbesuche bei der Nachbarschaft wieder auf, um sich erneut lange Geschichten über die nächtliche Abwesenheit der Studentin anzuhören, die um diese Zeit schwanger war und manchmal beim Vater ihres Kindes übernachtete.

Gießen hat nach dem Studenten-Protest Konsequenzen besonderer und allgemeiner Art gezogen. Zuerst beschloß der Magistrat eine Personalaufstockung im Gesundheitsamt, damit Bernhard — so Amtsdirektor Eichelsbacher — die Vorladungen „nicht mehr allein überbringen muß“. Seit letztem Montag will die Stadt überdies „mit allen... Mitteln gegen jede Rassendiskriminierung vorgehen“.

* Bei einem Go-in vor dem Gießener Gesundheitsamt.